

Uwe Hoering*

Internationalisierung des chinesischen Ordnungsmodells?

Geopolitische Konflikte und die Belt and Road Initiative

Zusammenfassung: Der Aufstieg Chinas fand in mehreren Phasen einer staatlich initiierten Integration in die globalisierte Weltwirtschaft statt, darunter die 2013 verkündete *Belt and Road Initiative (BRI)*. Diese Expansion wird als Ausdruck staatlicher Allmacht und als Umsetzung eines imperialen Machtstrebens betrachtet. Damit werde zugleich Chinas erfolgreiches Entwicklungs- und Ordnungsmodell auf internationales Terrain übertragen. Doch die Bedingungen für die Umsetzung der BRI unterscheiden sich wesentlich von den Möglichkeiten des chinesischen Staates auf nationaler Ebene. Eine Analyse dieser Umsetzung und der Erfahrungen damit erlaubt Rückschlüsse auf die Internationalisierung des chinesischen Ordnungsmodells.

Schlagwörter: Entwicklungsstaat, Neue Seidenstraße, Strategie der doppelten Zirkulation, Geopolitik

Internationalisation of the Chinese Regulatory Model?

Geopolitical Conflicts and the Belt and Road Initiative

Abstract: China's rise has taken place in various phases of state-initiated integration into the globalised world economy, including the Belt and Road Initiative (BRI) announced in 2013. This expansion is viewed as a manifestation of state omnipotence and the realisation of an imperial quest for power. At the same time, this is seen as transferring China's successful model of development and order to international terrain. However, the conditions for implementing the BRI differ significantly from the possibilities of the Chinese state at the national level. An analysis of this implementation and the experiences with it allows conclusions to be drawn about the further internationalisation of the Chinese model of economic order.

Keywords: Development State, Belt and Road Initiative, Dual Circulation Strategy, Geopolitics

* Uwe Hoering veröffentlicht auf seinem Blog www.beltandroad.blog Informationen, Analysen und Kommentare zur Geopolitik mit einem Schwerpunkt auf China und den Globalen Süden.

Der wirtschaftliche und politische Aufstieg der Volksrepublik China fand in mehreren Phasen einer staatlich initiierten Integration in die globalisierte Weltwirtschaft statt, die jüngste davon ist die 2013 verkündete *Belt and Road Initiative* (BRI). Vorangetrieben wird das massive Infrastruktur- und Investitionsprogramm vorwiegend durch staatliche Konzerne mit Milliardenkrediten staatlicher Entwicklungsbanken, mit politischen Mitteln wie Regierungsabkommen und Wirtschaftsverträgen und mit medialer Vermarktung, darunter die historisierend-euphemistische Etikettierung als »Neue Seidenstraßen«. In der internationalen Wahrnehmung und im politischen Diskurs wurde diese Expansion – im guten wie im schlechten Sinne – als Ausdruck staatlicher Allmacht betrachtet, imaginiert als Umsetzung eines homogenen »Großen Plans«, der »Beijing's desire to shape Eurasia according to its own worldview« umsetzen soll (Rolland 2017). Damit werde zugleich Chinas Entwicklungs- und Ordnungsmodell auf internationales Terrain übertragen, gar zum Kern einer »China-zentrierten neuen Ordnung« (Rolland 2020). Mit dieser Interpretation wird die BRI zu einem wichtigen umkämpften globalisierten Raum in der eskalierenden »systemischen« Konkurrenz mit China, zum Trumpf in der »Reorganisation globaler Konkurrenz- und Machtverhältnisse« (Simon 2016: 25).

Diese Interpretation ist abgeleitet aus dem erfolgreichen staatlich organisierten Entwicklungsmodell Chinas, das mal als Entwicklungsstaat, mal als Staatskapitalismus, mal als sozialistische Marktwirtschaft bezeichnet wird. Aus dem Blick gerät dabei, dass die Rahmenbedingungen für die Umsetzung eines derartigen Vorhabens auf internationaler Ebene sich wesentlich unterscheiden von den Möglichkeiten eines entwicklungsorientierten Staates auf nationaler Ebene. Dieser Beitrag knüpft an Überlegungen zur Rolle des Staates in der BRI an (Hoering 2019) und aktualisiert sie. Ausgehend von einer Skizze des chinesischen Entwicklungsstaates werden die Strategie bei der Umsetzung der BRI und die Anpassung an Erfahrungen mit ihren Rahmenbedingungen dargestellt und daraus Rückschlüsse auf die weitere Internationalisierung des chinesischen Entwicklungsmodells gezogen.

1. Die Rückkehr des Staates mit chinesischen Merkmalen

Die Faszination über den raschen Aufstieg der sogenannten »Tigerstaaten« befeuerte in den 1980er-Jahren die Debatte über den Entwicklungsstaat (u.a. Johnson 1982). Damit einher ging die Vorstellung eines »starken Staates« im Sinne nationaler Souveränität, der häufig autoritäre Züge trägt. In der weiteren Globalisierung trug er Züge des internationalisierten Wettbewerbsstaats, der den eigenen Kapitalfraktionen Konkurrenzvorteile und Expansionsmög-

lichkeiten verschafft. Dabei veränderte sich das Kräfteverhältnis zwischen Staat und Kapital je nach wirtschaftlichen und politischen Interessen und Machtkonstellationen.

Im Diskurs über den Entwicklungsstaat wurde auch versucht, das Konzept auf Chinas politische Ökonomie anzuwenden, da die chinesische Entwicklungsstrategie ähnliche Elemente aufweist (Hoering 2019). Grundlegende Unterschiede zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ausgangssituation in Japan, Taiwan, Südkorea oder Singapur bestanden in einer revolutionären Umwälzung feudalistischer Verhältnisse sowie in den günstigen Ausgangsbedingungen für eine Integration in die kapitalistische Weltordnung durch die Verlagerung der Wertschöpfung aus den Industrieländern im Globalisierungsschub der 1990er-Jahre. Diese Integration wurde mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO 2001 abgesegnet und damit zu einer Erfolgsgeschichte, wie die kapitalistisch-westliche Weltordnung mit ihren eigenen Mitteln geschlagen werden kann. Ob und wenn ja um welche Variante von Kapitalismus beziehungsweise Staatskapitalismus es sich dabei handelt, ist angesichts boomender kapitalistischer in- und ausländischer Unternehmen, dem Rückbau staatlicher Unternehmen, der Situation der Arbeiter:innenklasse, der Ausbeutungsbedingungen und der unverhohlenen Wachstumsideologie, aber auch angesichts ausgeprägter staatlicher Interventionsmöglichkeiten Gegenstand breiter und heftiger Debatten (Kennedy/Blanchette 2021).

Spätestens seit der Finanzkrise 2007/2008 wird zudem über eine »Rückkehr des Staates« (Altvater u.a. 2010) und Verschiebungen in der Rolle von Staatlichkeit innerhalb kapitalistischer Ökonomie diskutiert. Wie in anderen Ländern auch geht es dabei eher um eine sich verändernde Rolle des Staates, die in China eine spezifische Form annimmt. Der Staat versucht in letzter Zeit, die Möglichkeiten und Spielräume für kapitalistische Akkumulation für in- und ausländische Konzerne, deren Dynamik er wie der Zaubrerlehrling bei Goethe durch seine Liberalisierungspolitik seit dem Ende der 1990er Jahre freigelassen hat (siehe Abschnitt 2), zu regulieren und sozialpolitischen Zielsetzungen wie »common prosperity« unterzuordnen. Im westlichen Diskurs wird dies als »party-state capitalism« (Pearson 2020) bezeichnet, festgemacht am ausgeprägteren Führungsanspruch der Kommunistischen Partei bei der Regulierung der Ökonomie. Angesichts einer engeren Verschränkung von Marktwirtschaft und Relikten geplanter Ökonomie wie Fünfjahresplänen spricht Blanchette (2021: 2) von einem »neuen Paradigma in Chinas Entwicklungskurs«. Gleichzeitig wurde der Nationalismus eines »chinesischen Traums« und einer »nationalen Wiedergeburt« zu einem »staatlichen Projekt«, so der politische Aktivist Au Loong Yu (Hoering 2018: 138; siehe auch Sum 2019).

Im chinesischen Diskurs wurde dieses »development model of state capitalism fabricated by the Western strategic community« (Yang 2019: 230) stets zurückgewiesen. Im chinesischen Entwicklungsmodell ebenso wie bei seiner Modernisierung spielte die »politisch neutrale« Marktwirtschaft zwar eine wichtige Rolle, womit auch Räume für einheimische Privatwirtschaft, ausländische Unternehmen und Wettbewerb bestehen. Doch mit der Selbstbezeichnung als »sozialistische Marktwirtschaft mit chinesischen Merkmalen« wird an dem Anspruch festgehalten, dass die Politik die wirtschaftliche Dynamik mit dem Ziel kontrollieren kann, den Sozialismus aufzubauen. Der zeitweise in den Hintergrund getretene Primat der Politik wird inzwischen wieder prägender. Für den Staat stehen demnach und durchaus im Sinne der politischen Machtsicherung eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung aus nationalstaatlichen und parteipolitischen Interessen im Vordergrund und nicht nur die Durchsetzung der Interessen chinesischen Kapitals, das damit Mittel zum Zweck würde.

Sowohl in der Fremd- wie auch in die Selbstdefinition des chinesischen Entwicklungsmodells kommt dabei staatlichen beziehungsweise politischen Institutionen eine Schlüsselrolle zu: die starke Stellung des Staates mit Regulierungs-, Eingriffs- und Kontrollmacht über zentrale Bereiche der Ökonomie. Das gilt nicht nur für staatseigene Betriebe (*State Owned Enterprises*, SOE), die die Kommandohöhen der Wirtschaft besetzen und gegenwärtig anscheinend wieder verstärkt zu einem staatlich-politischen Instrument der wirtschaftlichen Entwicklung werden, sondern in jüngerer Vergangenheit zunehmend auch für in- und ausländische private Unternehmen. Allerdings wird bezweifelt, dass der chinesische Zentralstaat über eine allumfassende Kontrollmacht verfügt, unter anderem aufgrund unterschiedlicher und teils konkurrierender Subsysteme (ten Brink 2013).

Teils agiert der Staat ähnlich wie in westlich-kapitalistischen Ländern und versucht, »Marktversagen« durch marktkonforme Steuerung zu korrigieren (Apeldoorn/de Graaf 2022). Er nutzt aber auch den interventionistischen und protektionistischen Werkzeugkasten, mit dem sich die asiatischen »Tigerstaaten« Japan, Südkorea, Taiwan oder Singapur nach dem zweiten Weltkrieg ihren Platz in der kapitalistischen Weltwirtschaft aufgebaut haben. Das setzt sich im internationalen Bereich fort mit einer erheblichen Unterstützung bei der Erschließung exterritorialer und globaler Märkte und Investitionsmöglichkeiten für chinesische Unternehmen (»Going global«, siehe Abschnitt 2). Dabei nutzt der Staat weitreichende Eingriffsmöglichkeiten in privatwirtschaftliche, kapitalistische Eigentumsverhältnisse und Verwertungsbedingungen, Geschäftsmodelle und Profitaussichten, Arbeits- und damit Ausbeutungsbedingungen. Das betrifft sowohl chinesische Unterneh-

men wie ausländische Konzerne. Dieser Primat der Politik beziehungsweise der Partei unterscheidet sich damit deutlich von der im Zuge der multiplen Krise und der Coronapandemie beobachteten und zunehmend diskutierten »Rückkehr des Staates« in westlich-kapitalistischen Ländern.

2. »Going global«: Globalisierung mit chinesischen Merkmalen

Nach der Mao-Ära Ende der 1970er-Jahre hat das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in China und die Rolle des Staates bei der internen Entwicklung und der Integration in die Globalisierung verschiedene Phasen durchgemacht. Bei den Varianten staatlichen Handels in der Globalisierung und der Umsetzung politischer Interessen in der zunehmend krisenhaften globalisierten Welt geht es von vornherein um eine Dualität von »Innen« und »Außen« (Clarke 2019), von binnenwirtschaftlicher Entwicklung und außenwirtschaftlicher Expansion. Dabei ändern sich Verhältnis und Zielsetzungen: Zum einen betreffen sie die Rolle des Staates im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, zum anderen seine Vorgehensweise bei den unterschiedlichen Phasen der Integration der chinesischen Wirtschaft in die Globalisierung.

Ein durchgängiges und in seiner Bedeutung für das staatliche Selbstverständnis nicht zu unterschätzendes Leitprinzip war dabei die Anerkennung nationalstaatlicher Souveränität und das Bekenntnis zur Nichteinmischung in innenpolitische Governance, wie es bei der Bandung-Konferenz 1955 formuliert wurde. Beijing signalisierte damit für seine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den Regierungen der peripheren Staaten die Abgrenzung gegen westliche Versuche der Einflussnahme wie Strukturanpassungsprogramme, die Verpflichtung auf »universelle« Menschenrechte oder auf Governance-Reformen.

Der erste Schritt der experimentellen Reform- und Öffnungspolitik Ende der 1970er-Jahre war die Liberalisierung der Landwirtschaft als Grundlage für die nationale Kapitalakkumulation. Der nächste Schritt der Integration in die globale Wirtschaft erfolgte mit Hilfe erheblicher Auslandsinvestitionen, vor allem der chinesischen Diaspora, und massiver Umwälzungen wie der Zurichtung der Arbeiter:innenklasse für eine industrielle Modernisierung (Freisetzung einer industriellen Reservearmee, Privatisierung von Staatsbetrieben, Regulierung des Streikrechts, Abschaffung sozialer Sicherheiten). Der Beitritt zur Welthandelsorganisation 2001 war dann gleichermaßen die Anerkennung als konstitutiver, subalterner, manche sagen »subimperialer« (Bond/Garcia 2015) Teil des kapitalistischen Weltsystems als »Werkstatt der Welt«, und der Türöffner für die weitere Integration in die liberale Weltwirtschaftsordnung.

Bereits in der zweiten Phase der Integration in die Globalisierung seit den 1990er-Jahren (»Going Global«) wurden chinesische Unternehmen staatlicherseits sowohl durch die Zentralregierung wie durch Provinzen massiv unterstützt bei der »Ertüchtigung«, der Markterschließung und der Finanzierung (Garcia/Guerreiro 2022). Ansonsten verfolgte der Staat eher eine *Trial and Error*-Haltung gegenüber einem sich eklektizistisch entwickelnden Auslandsengagement chinesischer Unternehmen, das auch Investitionen beispielsweise in Fußballklubs und hochwertige Immobilien einschloss. Damit sammelten Staat und Kapital aber erste praktische Erfahrungen für die BRI, die ab 2013 eine neue Phase für Kontinuität und Veränderungen in staatlichem Handeln darstellte (Hoering 2018).

Mit der BRI wird eine Art gesamtstaatliche Konzeptionierung unterschiedlichster Akteure und Zielsetzungen unter einem Primat übergreifender politischer Perspektiven erkennbar, etwa Sicherung von Wohlstand durch Wirtschaftswachstum, »nationale Wiederauferstehung« und Anerkennung als gleichberechtigte Großmacht. Die zentrale Rolle von SOEs als Rückgrat der BRI bestätigt, dass es hierbei auch darum geht, Chinas staatlich organisiertes Entwicklungs- und Ordnungsmodell zumindest partiell auf internationalem Parkett zu verankern. Die BRI war allerdings weit entfernt von einem »Großen Plan«, um Beijings Ambitionen umzusetzen, die regionale und internationale Ordnung neu zu gestalten oder sogar zu dominieren, sondern folgte eher dem Prinzip, »die Steine tastend den Fluss zu überqueren«. Jones/Zeng (2019: 1415) beschreiben die BRI als »an extremely loose, indeterminate scheme, driven primarily by competing domestic interests, particularly state capitalist interests, whose struggle for power and resources are already shaping BRI's design and implementation«. Die internen, zunächst vorrangig wirtschaftlichen Treiber waren Interessen von chinesischen und anfangs auch ausländischen Kapitalfraktionen, insbesondere aber von staatlichen Unternehmen, und darauf basierende Ambitionen von Zentral- und Lokalregierungen: Eine Akkumulations- und Wachstumskrise, verschärft durch die Finanzkrise 2007/2008, ging einher mit dem Verlust von Exportmärkten und mit Überkapazitäten in Schlüsselindustrien, und damit mit Risiken für die Legitimation von Staat und Partei. Eine weitergehende Integration in die Globalisierung durch Infrastrukturentwicklung und Auslandsinvestitionen fungierte dafür als »spatial fix« (David Harvey). Die BRI beschleunigt damit die für eine weitere wirtschaftliche Modernisierung erforderliche Transformation des zunehmend obsolet werdenden exportorientierten Wachstumsmodells der 1980er- und 1990er-Jahre.

Diese staatlich initiierte und koordinierte Externalisierungsstrategie einer an wirtschaftlichem Wachstum orientierten Entwicklung wurde von

geopolitischen Verschiebungen und Herausforderungen begleitet: War die Finanzkrise und die damit deutlich gewordene Abhängigkeit von globalen Absatz- und Finanzmärkten eine entscheidende Wegmarke für die wirtschaftliche Neuausrichtung, so war es die aggressive Hinwendung der USA nach Asien seit Anfang der 2010er-Jahre (»Pivot to Asia«) für die geopolitische Ausrichtung und Bedeutung der BRI. In China wurde die erklärte Intention einer verstärkten Präsenz der USA in der Pazifikregion und Asien als Versuch verstanden, die eigene wirtschaftliche und politische Expansion einzudämmen. Die Reaktionen darauf waren zunächst eher defensiv (Clarke 2019): Anstatt einer direkten Konfrontation wurde auf den Ausbau der Beziehungen zu Europa und zu den Ländern des Globalen Südens gesetzt, zunächst in der unmittelbaren Nachbarschaft, in Zentralasien, Südostasien und Südasiens und Ostafrika, rasch dann auch weltumspannend. Um seine Interessen zu verfolgen, vertraut Beijing mit der BRI überwiegend auf *economic statecraft*, staatlich induzierte wirtschaftliche Entwicklung, die den Eindruck einer Externalisierung des chinesischen Ordnungsmodells erweckt, verbunden mit *soft diplomacy* (Chhabra u.a.: 1). Dadurch sollen Versorgungsrouten gesichert, Absatzmärkte in den Nachbarländern ausgeweitet und politische Allianzen mit Regierungen im Globalen Süden geschmiedet werden.

Diese Internationalisierung einer doppelten Problemlösung durch die BRI wird als Beitrag zur Entwicklung der beteiligten Länder, aber auch als Lösung für das krisengeschüttelte globale System verklärt. Das Versprechen lautet, die nationale Souveränität und damit die selbstbestimmte Umsetzung der angebotenen Vorhaben zu respektieren. Versprochen wird ein geordneter Entwicklungsprozess ausgehend von der Schließung der »Infrastrukturücke« durch enge, gleichberechtigte bilaterale Zusammenarbeit, durch staatlich kontrollierte Unternehmen als mächtige, effiziente Akteure und eine Wiederholung des erfolgserprobten staatlich angetriebenen Entwicklungsmodells Chinas – und damit wirtschaftliche und politische Stabilität. Damit geht die Aussicht einher, die Staatlichkeit der beteiligten Regierungen als Entwicklungsstaaten zu stärken. Walden Bello hat dafür den Begriff »neodevelopmentalism« vorgeschlagen (Bello 2019: 10). Gleichzeitig ist dieses Governance-Modell eine neue Qualität der Süd-Süd-Kooperation der peripheren Länder des globalisierten Nordens und bietet die Aussicht auf größere Unabhängigkeit von westlicher Vorherrschaft, die ihrerseits mit vielfältigen Erfahrungen von Eingriffen in die wirtschaftliche und politische Entwicklungssouveränität verbunden ist.

Kein Wunder, dass sich damit aber auch die geopolitischen Konfliktlinien verschärften. China wird zum viel zitierten »systemischen Konkurrenten« westlicher Industriestaaten. Die BRI intensiviert zum einen die Kapitalkon-

kurrenz um Absatzmärkte und Ressourcen. Aus dem Juniorpartner in der kapitalistischen Weltordnung wird jetzt ein ernstzunehmender wirtschaftlicher Konkurrent, der durchaus auch das Repertoire kapitalistischer Methoden beherrscht. Durch den angestrebten Schulterschluss mit dem Globalen Süden wird zum anderen die globale Hegemonie des westlich-kapitalistischen Nordens grundlegend in Frage gestellt: »There is an Alternative!« Und zwar sowohl für die nationalen und internationalen Handlungsmöglichkeiten von Staaten des Globalen Südens als auch für die Spielräume nationaler Entwicklung. Diese Kombination von regulierender und koordinierender Staatsmacht, konkurrenzfähigen, effizienten Staatskonzernen, finanzstarken Entwicklungsbanken und gezielter Diplomatie ist möglicherweise mehr noch als das schiere Ausmaß der BRI und die zu Tage tretende Effizienz der SOEs bei der Umsetzung für die westlichen Länder, deren eigene Politik gegenüber dem Globalen Süden auf viele Akteure, Institutionen und Aktivitäten zersplittert ist, eine zentrale »systemische« Bedrohung seiner Position im Globalen Süden. Mit der BRI hat Beijing sehr viel früher als die westlichen Industrieländer erkannt, dass die peripheren Länder das Zünglein an der Waage in den globalen Auseinandersetzungen und damit zum möglicherweise entscheidenden Konfliktfeld für die Durchsetzung des eigenen Ordnungsmodells geworden sind, das für diese Länder wirtschaftlich und politisch hohe Attraktivität besitzt (Dian/Menegazzi 2018).

3. Travelling a Rocky Road

Zehn Jahre nachdem die BRI angekündigt wurde und dadurch bei westlichen Regierungen und Unternehmen Ängste ausgelöst wurden, ihre Hegemonie sei gefährdet, zeichnen sich die Möglichkeiten und Grenzen deutlicher ab, ob dadurch tatsächlich ein alternatives Ordnungsmodell durchgesetzt wird oder die Regierungen der BRI-Länder nur »gekauft« und damit abhängig gemacht werden, wie es in westlichen Kommentaren unterstellt wird. Zwar gibt es unübersehbare Erfolge wie wachsenden Handel und Beschäftigung, die durch den Ausbau der Infrastruktur und chinesische Investitionen angeschoben werden (UNDP 2017), vor allem auch im Vergleich mit westlichen Entwicklungsangeboten. Aber zunehmend zeigen sich auch Verwerfungen, Widersprüche und Widerstände.

Die tatsächlichen Spielräume für *economic statecraft* besser zu verstehen, ist sowohl zentral für die Analyse und die Einschätzung der Umsetzungschancen nationaler Entwicklungsstrategien als auch für die Haltbarkeit der verbreiteten Kritik, der chinesische Staat verfolge im Ausland und insbesondere mit BRI hegemoniale oder gar imperiale, auf jeden Fall vorrangig eige-

ne Interessen. Dabei ist es unmittelbar einsichtig, dass die Bedingungen für eine Entwicklung noch sehr viel schwieriger und komplexer sind, als sie es in China selbst schon sind.

Erstens: So wenig wie »der Staat« in China ein homogener Akteur ist, so wenig tritt er im Ausland als solcher auf. Neben dem Zentralstaat und dessen Projekten, die zumeist durch die horizontal und vertikal integrierten und mit den staatlichen Entwicklungsbanken eng verbundenen SOEs umgesetzt werden, sind unterschiedliche, teils gegensätzlich agierende Akteure unterwegs: Provinzregierungen, regional-staatliche Unternehmen und unterschiedliche Ministerien wie das Außenwirtschaftsministerium MOFCOM, das Außenministerium oder SASAC, die mächtige staatliche Aufsichtsbehörde für SOEs – teils im Rahmen der BRI, vielfach aber auch unabhängig davon.

Zweitens: Neben den Staatskonzernen sind zudem sowohl unter dem Etikett BRI als auch außerhalb davon seit Langem weitere private chinesische Unternehmen, kommerzielle Investoren oder Genossenschaften in nahezu allen Branchen und allen Größen im Ausland engagiert. Während SOEs noch einigermaßen durch politische Vorgaben und Richtlinien der Regierung erreicht werden, sind staatliche Organe, Entwicklungsbanken oder Botschaften kaum in der Lage, diese vielfältigen, häufig informellen Aktivitäten zu koordinieren, geschweige denn zu steuern oder im gleichen Maße wie die großen Infrastruktur- und Investitionsprojekte zu unterstützen. Studien zu den Beziehungen zwischen Staat und Unternehmen im Agrarsektor in Zimbabwe und Mozambique (Jing Gu u.a. 2016), in Äthiopien (Calabrese 2021), und in Nepal und Sambia (Shieh u.a. 2021) zeigen beispielsweise, dass es mangels politischer und bürokratischer Koordination und Kenntnis der Situation in den Gastländern zu erheblichen Spannungen kommt zwischen nationalen politischen Interessen und Unternehmen, darunter auch staatliche Unternehmen, die ihre eigenen wirtschaftlichen Prioritäten, Profitinteressen und marktstrategischen Planungen setzen. Jones/Zeng (2019: 1415) prophezeiten bereits vor einigen Jahren: »This will generate outcomes that often diverge from top leaders' intentions and may even undermine key foreign policy goals.«

Drittens: Zentralregierung und Provinzregierungen verließen sich getreu dem Prinzip der Nichteinmischung anfangs weitgehend darauf, dass es die Aufgabe der staatlichen Vertragspartner vor Ort ist, vor allem der nationalen Regierungen, die Umsetzungsbedingungen für vereinbarte Projekte sicher zu stellen – was weder in autoritären Regimen noch in demokratisch-liberalen Staaten allerdings automatisch der Fall ist. In den meisten Empfängerländern sind die Rahmenbedingungen weitaus komplexer, widersprüchlicher und durch Eigeninteressen unterschiedlichster Gruppen bestimmt, als dass sich ein chinesisches Staatshandeln nach eigenem Gusto

durchsetzen könnte. Vielmehr muss es interagieren mit souveränen Nationalstaaten mit jeweils eigenen Entwicklungs- und Kapitalinteressen sowie spezifischen Machtstrukturen.

Zudem weisen *viertens* viele BRI-Länder nicht die wirtschaftliche oder politische Stabilität auf, die für eine wirksame Umsetzung geplanter Projekte erforderlich wäre (Rice u.a. 2008). Bei Weitem nicht alle Länder verfügen über effiziente Governance-Strukturen, Institutionen und Ressourcen, um einen Entwicklungsprozess nach dem Vorbild Chinas auch nur anzustoßen. Dabei bestehen Unterschiede zwischen Ländern wie Südafrika, Brasilien, Malaysia oder Thailand und kleineren Ländern. Viele sind wirtschaftlich gering entwickelt, als Produzenten von Rohstoffen abhängig von deren Exporten, verfügen weder über ausreichende Infrastruktur noch über ausgebildete Arbeitskräfte oder Kapazitäten, um negative Auswirkungen von Großprojekten oder Verdrängung einheimischer Industrien durch chinesische Konkurrenz abzufedern. Vielfach sind sie in innenpolitische oder regionale Konflikte verstrickt, was eine Umsetzung zusätzlich erschwert (Abb 2021).

Staatliche Top-Down-Vereinbarungen sind daher keine Gewähr, dass die BRI anstatt für »Entwicklung« nicht vorrangig zur Herrschaftssicherung genutzt wird. Sie können nicht verhindern, dass Projekte, die aus klientelistischen Beziehungen zwischen chinesischen und einheimischen Eliten entstanden sind, wirtschaftlich nicht tragfähig sind, dass sie schlecht vorbereitet und durchgeführt werden, dass sie zu Überschuldung beitragen, dass der Nutzen gesellschaftlich und regional und sozial ungleich verteilt ist. Die Folge ist vielmehr eine »uneven and contradictory multi-spatial development« (Sum 2019: 543) in Bereichen wie Sicherheit, Finanzen, Produktion und sozioökonomischen Verhältnissen, in denen Auswirkungen, Risiken und Nutzen von Maßnahmen sehr unterschiedlich verteilt sind.

Inzwischen haben in vielen Teilnehmerländern die Zweifel und Sorgen in Bezug auf die lokale Beschäftigung, die Verteilung der Budgets und die allgemeine Rentabilität der Investitionen zugenommen – verstärkt durch Befürchtungen über neue, teils als neokolonial empfundene Abhängigkeiten, Bedrohungen der nationalen Souveränität und Sicherheitsfragen. Die Zweifel am wirtschaftlichen Erfolg, an den ökologischen und sozialen Auswirkungen der Großprojekte und an der ungleichen Verteilung der Erträge zwischen chinesischen Konzernen, lokalen Eliten und der Bevölkerung schlagen sich zunehmend in offenen Konflikten wie in Ecuador, in Kirgistan und Uganda (Swaine u.a. 2021), in Vietnam und in zahlreichen weiteren Ländern (García-Herrero/Xu 2019) nieder. Warnsignale sind die zahlreichen Proteste und Angriffe auf chinesische Investitionen und Staatsbürger:innen, beispielsweise in Pakistan und in Myanmar nach dem Putsch.

In Malaysia, Myanmar, Pakistan oder Sri Lanka haben Regierungen nach öffentlichen Protesten, Korruptionsskandalen und dubiosen Prestigeprojekten oder drohender Überschuldung ihre souveräne Handlungsmacht demonstriert und erfolgreich Nachverhandlungen durchgesetzt. Offene Kritik durch prominente Politiker:innen von gewichtigen Partnerländern wie Malaysias Mahathir Mohammed und Vorwürfe wegen »neo-kolonialen Verhaltens« wiegen als Schlag gegen Beijings Selbstverständnis besonders schwer. Länder mit vergleichsweise demokratischen Bedingungen haben sich als unberechenbare Alliierte erwiesen: in Sri Lanka, Malaysia, Malediven und anderen Ländern verlor Beijing durch Wahlen wichtige staatliche Unterstützer. Bereits vor Corona wurden zahlreiche Projekte abgebrochen oder verzögerten sich. Je länger die BRI andauert und je ausgreifender sie wird, desto größer werden die finanziellen und wirtschaftlichen Risiken und die Angriffsflächen für antichinesische Unzufriedenheit. Seitdem westliche Länder wie die USA mit *Build Back Better World* (B3W) und die Europäische Union mit *Gateway Europe* ähnliche Programme wie die BRI aufgesetzt haben, hat sich zudem die Verhandlungsposition der Länder des Globalen Südens gegenüber Beijing weiter verbessert.

Damit gerät der chinesische Staat im Ausland in eine Zwickmühle. Zum einen erweisen er und seine wirtschaftliche Speerspitze, die SOEs, sich als schwächer als behauptet und imaginiert wird. Sie stoßen an ihre Grenzen bei Fragen der nationalen Souveränität, internen Strukturen und konfliktreichen Machtverhältnissen. Die rasche weltweite Expansion von BRI stößt aber auch an begrenzten finanziellen und materiellen Ressourcen auf Schranken (siehe dazu den Beitrag von Jenny Simon in diesem Heft). Zum anderen sind die Herausforderungen für die Umsetzung der BRI und die Notwendigkeit, ihnen zu begegnen, größer und vielfältiger als erwartet. Der chinesische Staat mag sich im Ausland wie ein Entwicklungsstaat mit chinesischen Merkmalen verstehen, aber ihm fehlen viele der Instrumente, die seine Rolle im Inland so erfolgreich gemacht haben, wie die Kontrolle über die Arbeiter:innenklasse oder über zivilgesellschaftliche Proteste, weitreichende Steuerungskapazitäten des Staates oder die Organisationsstrukturen der Kommunistischen Partei, einschließlich der Mittel zur Erreichung eines »bescheidenen Wohlstands für alle«. Damit wachsen Zweifel daran, dass sich durch die Kooperation mit der Gemeinschaft der Schwellenländer und durch die koordinierte Rolle (halb-)staatlicher Akteure die »Entwicklung eines breiteren staatskapitalistischen Ordnungsmodells« abzeichnet (Simon 2016: 24). Denn dieses Ordnungsmodell funktioniert dort gerade nicht in der chinesischen Variante.

Das führt dazu, dass die BRI längst nicht mehr das – je nach Sichtweise – Vorzeigeprojekt chinesischer Weltbeglückung oder -verführung ist, als das

es anfangs gehandelt wurde. Anstatt eine Art Befreiungsschlag aus Krise und Umzingelung zu sein, wachsen die wirtschaftlichen und politischen Risiken des staatlich vermittelten Auslandsengagements. Sicherheitsprobleme und wirtschaftliche und politische Risiken treffen unter anderem zentrale Vorhaben wie den Entwicklungskorridor CPEC (China-Pakistan Economic Corridor) durch Pakistan oder den Infrastrukturkorridor in Myanmar zwischen Chinas südwestlichen Provinzen und dem Indischen Ozean. Dazu kommen wachsende Zweifel in Chinas *Think Tanks* und sozialen Medien selbst über »Overstretching« (Pu/Wang 2018) und die Vergeudung von Ressourcen, die für die einheimische Entwicklung benötigt werden. Damit droht die BRI ihre Funktion als Aushängeschild für eine gleichberechtigte Globalisierung unter chinesischer Schirmherrschaft, vor allem aber als »spatial fix« zu verlieren.

4. Der lernende Staat

Die chinesische Regierung kann die Probleme, die im Rahmen der BRI entstanden sind, nicht mehr ignorieren. Die wachsenden wirtschaftlichen und politischen Risiken und die begrenzten Einflussmöglichkeiten, die die imaginierte Allmacht widerlegen, lassen die BRI vom Hoffnungsträger zum »weichen Unterleib« in der hegemonialen Konkurrenz werden. Seit einiger Zeit zeichnen sich daher Anpassungsversuche des chinesischen Staates ab, um die negativen Auswirkungen zu minimieren und so die Funktionalität der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung (Marktausweitung) und geopolitischen Resilienz (Ressourcensicherung, geopolitische Konkurrenz) zu wahren. Das führt zu Veränderungen im staatlichen Verhalten gegenüber Regierungen in den Empfängerländern, aber auch von Staat und Kapital.

Bereits beim zweiten *Belt & Road Forum on International Cooperation* in Beijing im April 2019 zeigten sich sowohl in der Rhetorik als auch in praktischen Korrekturen an der BRI Lern- und Anpassungsprozesse des chinesischen Staates, um Kritik an seinem Auftreten und Risiken für die BRI aufzufangen. Angesichts der Ankündigung weitreichender Reformen, größerer Flexibilität und Rücksichtnahme auf Interessen der Partnerländer durch Präsident Xi Jinping wurde damals schon in Medien von der BRI 2.0 gesprochen. Inzwischen werden die Zielsetzungen mit einer »green BRI« immer ökologischer. Durch die Ankündigung einer »Gesundheits-Seidenstraße« als Antwort auf die Coronapandemie und das Angebot einer Förderung digitaler Infrastruktur (»Digitale Seidenstraßen«) erfolgt eine Erweiterung des Profils über Infrastrukturentwicklung und kapitalintensive Investitionen hinaus.

Im Rahmen der BRI sucht der chinesische Staat verstärkt die Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen wie regionalen Behörden und Institutionen

und die Kooperation mit ausländischen Unternehmen und rückt damit vorsichtig von seinem bis dato bevorzugten Partner, dem Nationalstaat, ab. Diese Anpassungsfähigkeit, die unter anderem als »a process of assessment and adaptation« (Rolland 2019) oder als »adaptive governance« (Carrai 2021) bezeichnet wurde, zeigte sich unter anderem in einer stärkeren Rücksichtnahme auf Entwicklungsprioritäten und -wünsche der Empfängerländer. Diese Anpassungsbereitschaft des chinesischen Engagements an lokale Bedingungen, rechtliche und regulatorische Anforderungen, technische Standards und gesellschaftliche Normen wächst mit der Stärke des sozialen und politischen Widerstands, der sich insbesondere in Problembereichen wie dem Bergbau (Gong 2022) und im Umweltbereich insgesamt formiert. Ähnlich zeigten sich bei Energieprojekten in Argentinien (Jáuregui 2021) und in Zentralasien (van der Kley/Yau 2021; Louthan 2022; Thornton 2020), wo es verbreitete Proteste gegen chinesische Dominanz gab, Lernprozesse und eine Anpassung an einheimische Standards und Entwicklungsprioritäten. Verstärkt bemüht sich die Regierung in Beijing auch, eine Kooperation mit und zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen auszubauen (Straube 2020).

Medien, Studien und zivilgesellschaftliche Organisationen haben zudem vielfach darauf hingewiesen, dass der bisherige Ansatz, den Regierungen der Empfängerländer die Umsetzungsbedingungen zu überlassen, nicht ausreicht, um das Verhalten chinesischer Staatsunternehmen gegenüber wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Implikationen zu kontrollieren. Das gilt erst recht für private chinesische Unternehmen. Seit einigen Jahren werden daher verstärkt Richtlinien und Anweisungen für das Verhalten chinesischer Unternehmen (Corporate Social Responsibility) im Ausland erlassen, die sich an Nachhaltigkeitsaspekten orientieren. Deren Umsetzung bleibt aber – wie auch bei den westlichen Vorbildern derartiger Regulierungsversuche – weitgehend den Unternehmen überlassen.

Die Anpassung an wirtschaftliche und finanzielle Risiken geht einher mit einer Reduzierung ambitionierter Großinvestitionen (Wang 2022) und einer stärkeren Kontrolle von Risiken für die staatliche Kreditvergabe. Gordon u.a. (2020a) haben beobachtet, dass insbesondere in Asien, wo Chinas Engagement in mehreren Ländern zu wachsender Unzufriedenheit entlang populistischer und nationalistischer Argumentationslinien geführt hat, chinesische Akteure nun einen proaktiveren Ansatz verfolgen: mehr Flexibilität, eine verstärkte Konzentration auf finanzielle Nachhaltigkeit und die Notwendigkeit, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Interessen chinesischer Investoren und Empfängerländern herzustellen.

Beijing nähert sich auch dem Auftreten westlicher Industrieländer an, etwa mit der Ausarbeitung eines nichtkommerziellen Entwicklungskonzepts

(Dreher u.a. 2022), das die bisherige Dominanz kreditfinanzierter Vorhaben verringern würde, bei der Entschuldung von Gläubigerregierungen, deren Verschuldung seit langem eine scharfe, wenn auch unberechtigte Waffe der Kritik an BRI ist (Brautigam/Huang 2021), oder der Governance multilateraler Institutionen wie der Asiatischen Infrastruktur-Entwicklungsbank AIIB. Beijing übernimmt Konzepte der Entwicklungsdiskussion wie Nachhaltigkeit, das teils gekontert wird mit einem eigenen Konzept von »Ökologischer Zivilisation« (Goron 2018), und der Sozialen Nachhaltigkeitsstrategie (SDS) als Zielsetzungen und präsentiert sich damit inzwischen in seinen BRI-Aktivitäten als kooperativer Global Player.

Gleichzeitig wurde mit der *Dual Circulation Strategy* (DCS) eine Anpassung des Verhältnisses zu den BRI-Ländern durch eine verstärkte Integration von Zentrum und Peripherie formuliert (Hoering 2022; Paterson 2022; García-Herrero 2021). Deren Bedeutung wird durch ein eigenes Kapitel im 14. Fünfjahresplan (2021–2025) unterstrichen. Die DCS wurde von Präsident Xi Jinping im Mai 2020 als »neues Entwicklungsparadigma« vorgestellt und wurde vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler James Crabtree (2020) umgehend als »Wirtschaftsstrategie für einen neuen Kalten Krieg« bezeichnet.

Sie stellt eine Fortführung des BRI-Konzepts dar, aber mit wichtigen Akzentverschiebungen als Antwort auf die Veränderungen im Verhältnis von »Innen« und »Außen«, so wie die BRI als Antwort auf die wirtschaftliche und politische Situation Anfang der 2010er-Jahre eingesetzt wurde: Zum einen unterstreicht sie die endgültige Abkehr von der einstigen exportorientierten Wachstumsstrategie, die auf der Rolle als »Fabrik der Welt« mit einer Verarbeitungsindustrie auf Grundlage niedriger Löhne basiert, hin zu einer weiteren Stufe der industriellen Modernisierung, wie sie beispielsweise in »Made in China 2025« formuliert wurde (Zenglein/Holzmann 2019). Zum anderen ist sie ein Versuch, auf die wachsenden Risiken und Unsicherheiten im globalen Umfeld eine Antwort zu formulieren. Dabei sind ihre konkrete Umsetzung und Auswirkungen bislang noch weitgehend unklar.

Im »inneren Kreislauf« als der *ökonomischen* Grundlage der Innenpolitik soll die Binnennachfrage ausgeweitet werden und die Entwicklung von Technologie und Modernisierung beschleunigt werden. Dadurch werde die ausgeprägte Abhängigkeit von den USA und anderen westlichen Industrieländern in Außenhandel, Technologie und Know-how verringert. Das bedeutet aber keineswegs Autonomie oder *self reliance*, denn die »externe Zirkulation« zielt auf eine intensivierte Verlinkung mit externen Märkten. Die beiden Kreisläufe intendieren eine weitere Integration und enge Koordination der nationalen und der internationalen Wirtschaftspolitik und -strategien durch den Staat.

Die DCS kann verstanden werden als Schaffung eines eigenen integrierten Raums von Zentrum und Peripherie unter Kontrolle des Zentrums und zur Wahrung von dessen Stabilitäts-, Versorgungs- und Legitimationsinteressen. Dafür erfolgt eine partielle, selektive Abkopplung von der Weltwirtschaft. Einerseits ist die DCS protektionistisch: So sollen Importe, insbesondere aus westlichen Industrieländern, verringert und die eigene High-Tech-Basis beschleunigt ausgebaut werden. Gleichzeitig bleibt die chinesische Außenwirtschaftspolitik aber expansionistisch durch eine gezielte Förderung von Auslandsinvestitionen im nationalen Interesse, etwa über die Kreditvergabe, durch eine weitere Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit von SOEs, und eine beschleunigte Produktionsverlagerung in Länder des Globalen Südens, insbesondere in Südostasien, Zentralasien und Afrika. Verstärkt wird insbesondere die Orientierung auf die Sicherung strategischer Mineralien, erneuerbarer Energien und Agrarrohstoffe für einen modernisierten grünen Kapitalismus und für »Ernährungssicherheit als Top-Priorität« (Xi Jinping), die an internen Bedingungen ihre natürlichen Grenzen findet. Für die Neubestimmung des Verhältnisses von »Innen« und »Außen« werden der Zugang zu externen natürlichen Ressourcen und außenwirtschaftliche Stabilität immer wichtiger. Oberste Ziele bleiben aber Wirtschaftswachstum, wenn auch »normalisiert«, und hohe Profite, um den versprochenen »gemeinsamen Wohlstand« zu gewährleisten und die innenpolitische Legitimation und Stabilität zu sichern.

Damit wird der Widerspruch zwischen gleichberechtigter Süd-Süd-Kooperation von Nationalstaaten, wie sie im Narrativ der BRI postuliert wird, und der Absicherung der eigenen nationalen Entwicklung gegen externe wirtschaftliche und politische Bedrohungen vergrößert. Die Kooperation mit Ländern des Globalen Südens verschiebt sich weiter auf ihre Rolle als wichtige Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte. Die staatliche Wirtschaftsstrategie im Ausland soll zugleich stärker strategisch geprägt werden: Nationale Ziele, die Sicherung der Binnenwirtschaft und des Konsums, Sicherheit und Resilienz bekommen für das außenwirtschaftliche Engagement höhere Priorität. Dabei spielt die BRI weiterhin eine entscheidende Rolle in der sich verschärfenden systemischen Konkurrenz als Gegenmittel gegen die Abkopplung durch westliche Industrieländer, als wichtiges Bindemittel für die Bildung politischer Allianzen und als Alternative zu ähnlichen Initiativen des Westens wie *Build Back Better World* und *Gateway Europe*.

Spätestens mit dem Krieg gegen die Ukraine hat sich die globale Konkurrenzsituation verschärft. Der Widerspruch zwischen den Möglichkeiten internationaler Kooperation und der Notwendigkeit der Resilienz wird mit der Zuspitzung der systemischen Konkurrenz um wirtschaftliche und politische

Einflussssphären immer schwieriger zu überbrücken. Offen ist, wie die Vermittlung von Nichteinmischung einerseits und der Existenzsicherung durch die Externalisierung von Ressourcensicherung und Wachstumspotentialen andererseits noch erfolgen kann.

5. Zum Imperium verurteilt?

Die BRI weist viele Merkmale des chinesischen Entwicklungsmodells auf, mag man es nun als Entwicklungsstaat, Staatskapitalismus oder sozialistische Marktwirtschaft verstehen. Damit entstand der Eindruck, dass diese mit erheblichem Aufwand vorangetriebene Phase der Globalisierung zugleich auch eine Internationalisierung dieses Ordnungsmodells darstellen könnte.

Die Analyse der Rahmenbedingungen zeigt, dass die Umsetzung von BRI-Projekten gelinde gesagt schwierig ist. Die »neuen Seidenstraßen« stoßen mittlerweile auf erhebliche finanzielle, politische, ökologische und legitimatorische Probleme. Darin zeigt sich auch ein strukturelles Problem: Staat und Kapital operieren überwiegend in wirtschaftlichen und politischen Hochrisiko-Gebieten. Und der chinesische Staat ist weit davon entfernt, mit seiner ihm zur Verfügung stehenden *economic statecraft* seine Form der staatlich organisierten Marktwirtschaft auf internationalem Parkett zu verankern und damit Ambitionen wie Stabilität oder geopolitische Resilienz durchzusetzen. Es droht der Verlust des wirtschaftlichen und politischen Wettbewerbsvorteils als erfolgreicher Entwicklungsstaat, der die erforderliche wirtschaftliche und politische Expansion Chinas mittels BRI absichern kann. Der Primat der Politik im Inneren lässt sich im internationalen Handeln nicht gleichermaßen einsetzen, um die proklamierten Ziele durchzusetzen. Das führt zu einer prekären, widersprüchlichen Rolle des Staates, zumal beide Aktionsbereiche, Zentrum und Peripherie, immer enger miteinander verwoben sind. Dadurch sind die ökonomischen Grundlagen des chinesischen Regimes und dessen wie auch immer definiertes politisches Projekt gefährdet – der Aufbau des Sozialismus, die Wiedergeburt Chinas, der Aufstieg zu einer gleichberechtigten Großmacht oder auch nur die Fähigkeit, der Eskalation im systemischen Konkurrenzkampf Paroli zu bieten.

Eine Antwort auf wirtschaftliche und politische Risiken ist eine Anpassung des Ordnungsmodells an westlich definierte Standards wie bessere Transparenz, Nachhaltigkeitskriterien und Partizipation, um Vorbehalte und Bedenken abzubauen, Widerstand zu begegnen und sich als verantwortungsbewusster Global Player zu beweisen. Gleichzeitig wurde mit der DCS ein neues Konzept für die weitere Internationalisierung vorgestellt. Sie stellt eine Reaktion auf die Erfahrungen der BRI dar, auf deren interne Pro-

bleme und auf die wachsende geopolitische Konfrontation. War die BRI im Wesentlichen eine Externalisierung binnenwirtschaftlicher Probleme eines an seine Grenzen stoßendes Akkumulationsmodells, so rückt bei der DCS die Sicherung des Zentrums, der nationalen wirtschaftlichen und politischen Resilienz durch die Peripherie in den Vordergrund. Das wird besonders deutlich am zentralen Stellenwert der Ressourcensicherung. Die Strategie legt damit die asymmetrische Integration in den Weltmarkt offen, die durch die BRI gerne verschleiert wird. China ist damit auf dem klassischen Weg eines Dominanzverhältnisses gegenüber der Peripherie und der Ausbeutung ihrer Natur und Menschen, ganz im Gegensatz zu seinem Anspruch als Partner des Globalen Südens.

Mit beiden Anpassungen entwickelt sich die Rolle Chinas weiter vom Entwicklungsstaat zum Interventionsstaat. So zeichnet sich bereits seit einiger Zeit eine schrittweise Abkehr vom Prinzip der Nichteinmischung ab. Angesichts wachsender Risiken für chinesische Investitionen und Staatsbürger:innen in mehreren Ländern wurden paramilitärische Sicherheitsdienste ausgebaut (Markusen 2022; Arduino 2019). In Konfliktregionen wie dem Horn von Afrika, in Myanmar oder dem Nahen Osten intensiviert Beijing seine Vermittlungsaktivitäten. Zudem werden militärische Kooperationen in Südostasien mit Thailand, Myanmar und Kambodscha (Gordon u.a. 2020b) und in Zentralasien ausgebaut. Eine Nagelprobe für die zukünftige Rolle Beijings bei der Sicherung wirtschaftlicher und politischer Stabilität in seinen Interessenregionen wird die Positionierung im Konflikt von NATO, EU und USA mit Russland. Die außenpolitische Legitimation für das Verhalten des chinesischen Staates verschiebt sich von der »Performance« als Entwicklungsstaat, der die wirtschaftliche Entwicklung und damit Stabilität und Frieden sichert, hin zu einer »governance configuration« (Sum 2019: 546) als Sicherheitsstaat.

Wie weit das zukünftig mit militärischen oder gar imperialen Ausdehnungsambitionen einhergeht, ist vorerst offen. Bislang scheint der Ausbau militärischer Kapazitäten eher darauf ausgerichtet, die eigenen Ansprüche gegen externe Bedrohungen zu sichern. Aber die Notwendigkeit, die externe Destabilisierung und Einengung von Spielräumen zu minimieren, die die Resilienz des chinesischen Entwicklungsmodells gefährden, lässt eine weitere Ausweitung staatlichen Machtpotenzials erwarten. Dafür sprechen auch die innenpolitische, zunehmend krisenhafte Situation, vor allem aber der Druck seitens des Westens, die mit einem wachsenden Nationalismus beantwortet werden. Die Voraussetzungen für zunehmende Aktivitäten des chinesischen Staates in seinen Einflussregionen jenseits von Ökonomie und Politik werden damit auch gerade geschaffen.

Literatur

- Abb, Pascal u.a. (2021): Road to Peace or Bone of Contention? The Impact of the Belt and Road Initiative on Conflict States. Frankfurt/M.
- Altwater, Elmar u.a. (2010): Die Rückkehr des Staates? Nach der Finanzkrise. Hamburg.
- Arduino, Alessandro (2019): China's Private Security Companies: The Evolution of a New Security Actor. Washington DC.
- Bello, Walden (2019): China: An Imperial Power in the Image of the West? Bangkok.
- Blanchette, Jude (2021): From »China Inc.« To »CCP Inc.«: A new paradigm for Chinese state capitalism. Washington DC.
- Bond, Patrick / Garcia, Ana (2015): BRICS: An Anti-Capitalist Critique. Chicago.
- Brautigam, Deborah / Huang, Yufan (2021): What is the Real Story of China's »Hidden Debt«? Washington DC.
- Calabrese, Linda u.a. (2021): The Belt and Road and Chinese enterprises in Ethiopia: risks and opportunities for development (4.8.2021). URL: <https://odi.org/>, Zugriff: 22.7.2022.
- Carrai, Maria Adele (2021): Adaptive governance along Chinese-financed BRI railroad mega-projects in East Africa. In: World Development 141. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2020.105388>.
- Chhabra, Tarun u.a. (2020): Global China: Regional influence and strategy. Washington DC.
- Crabtree, James (2020): China's Radical New Vision of Globalization (10.12.2020). URL: <https://www.noemamag.com/>, Zugriff: 22.7.2022.
- Clarke, Michael (2019): Beijings's Pivot West: The Convergence of Innenpolitik and Aussenpolitik on China's »Belt and Road«? In: Journal of Contemporary China 29(123): 1-18. DOI: <https://doi.org/10.4324/9781003029397-7>.
- Dian, Matteo / Menegazzi, Silvia (2018): Belt and Road, State Capitalism and China's economic Interests. In: Dies.: New Regional Initiatives in China's Foreign Policy. Cham: 67-94. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-319-75505-2_4.
- Dreher, Axel u.a (2022): Banking on Beijing: The Aims and Impacts of China's Overseas Development Program. Cambridge. DOI: <https://doi.org/10.1017/9781108564496>.
- García, Zenel / Guerreiro, Philip (2022): Provincial players in China's Belt and Road Initiative. Complementarity and competition. Canberra.
- García-Herrero, Alicia (2021): What is Behind China's Dual Circulation Strategy? Brüssel. DOI: <https://doi.org/10.2139/ssrn.3927117>.
- / Xu, Jianwei (2019): Countries' Perceptions of China's Belt and Road Initiative: A Big Data Analysis. Brüssel. DOI: <https://doi.org/10.2139/ssrn.3430318>.
- Gong, Xue (2022): Chinese Mining Companies and Local Mobilisation in Myanmar. Washington DC.
- Gordon, David F. u.a. (2020a): Beyond the Myths – Towards a Realistic Assessment of China's Belt and Road Initiative: The Development-Finance Dimension. London.
- (2020b): Beyond the Myths – Towards a Realistic Assessment of China's Belt and Road Initiative: The Security Dimension. London.
- Goron, Coraline (2018): Ecological Civilisation and the Political Limits of a Chinese Concept of Sustainability. In: china perspectives 4/2018: 39-52. DOI: <https://doi.org/10.4000/chinaperspectives.8463>.
- Hoering, Uwe (2022): Abschwung verhindern, Macht sichern: China imperial? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2022: 29-32.
- (2019): Globalisation with Chinese Characteristics: The Role of the State in China's Belt and Road Initiative. In: Journal für Entwicklungspolitik 4/2019: 39-62.
- (2018): Der Lange Marsch 2.0. Chinas Neue Seidenstraßen als Entwicklungsmodell. Hamburg.
- Jáuregui, Juliana Gonzáles (2021): How Argentina Pushed Chinese Investors to Help Revitalize Its Energy Grid. Washington DC.
- Jing Gu u.a. (2016): Chinese State Capitalism? Rethinking the Role of the State and Business

- in Chinese Development Cooperation in Africa. In: *World Development* 81: 24-34. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2016.01.001>.
- Johnson, Chalmers (1982): *MITI and the Japanese Miracle*. Stanford, CA. DOI: <https://doi.org/10.1515/9780804765602>.
- Jones, Lee / Zeng, Jinghan (2019): Understanding China's »Belt and Road Initiative«: beyond »grand strategy« to a state transformation analysis. In: *Third World Quarterly* 40(8): 1415-1439. DOI: <https://doi.org/10.1080/01436597.2018.1559046>.
- Kennedy, Scott / Blanchette, Jude (2021): *Chinese State Capitalism. Diagnosis and Prognosis*. Washington DC.
- Louthan, Tony (2022): *A »Bright Path« Forward or a Grim Dead End? The Political Impact of the Belt and Road Initiative in Kazakhstan*. Philadelphia.
- Markusen, Max (2022): *A Stealth Industry. The Quiet Expansion of Chinese Private Security Companies*. Washington DC.
- Paterson, Stewart (2022): *China's dual circulation strategy: policy shift ahead?* Singapur.
- Pearson, Margaret u.a. (2020): *Party-State Capitalism in China*. Harvard.
- Pu, Xiaoyu / Wang, Chengli (2018): Rethinking China's rise: Chinese scholars debate strategic overstretch. In: *International Affairs* 94(5):1019-1035. DOI: <https://doi.org/10.1093/ia/iiy140>.
- Rice, Susan E., Patrick, Stuart (2008): *Index of State Weakness in the Developing World*. Washington DC.
- Rolland, Nadège (Hg.) (2020): *An Emerging China-Centric Order*. Washington DC.
- (2019): Beijing's Response to the Belt and Road Initiative's »Pushback«: A Story of Assessment and Adaptation. In: *Asian Affairs* 50(2): 216-235. DOI: <https://doi.org/10.1080/03068374.2019.1602385>.
 - (2017): *China's Eurasian Century? Political and Strategic Implications of the Belt and Road Initiative*. Washington DC.
- Shieh, Shawn u.a. (2021): *Understanding and mitigating social risks to sustainable development in China's BRI*. London.
- Simon, Jenny (2016): *Am Rande des Imperiums. Chinas Staatskapitalismus zwischen Rivalität und Interdependenz*. In: *Wissenschaft & Frieden* 4/2016: 23-25.
- Straube, Christian (2020): *Die Belt and Road Initiative und zivilgesellschaftliche Partizipation*. Berlin.
- Sum, Ngai-Ling (2019): The intertwined geopolitics and geoeconomics of hopes/fears: China's triple economic bubbles and the »One Belt One Road« imaginary. In: *Territory, Politics, Governance* 7(4): 528-552. DOI: <https://doi.org/10.1080/21622671.2018.1523746>.
- Swaine, Robert u.a. (2021): *Public perceptions of the Belt and Road Initiative*. London.
- ten Brink, Tobias (2013): *Wirtschaftsregulierung in China*. In: *dms – der moderne staat* 6(1): 65-84. DOI: <https://doi.org/10.3224/dms.v6i1.05>.
- Thornton, Susan A. (2020): *China in Central Asia: Is China winning the »new great game«?* Washington DC. URL: <https://www.brookings.edu/>, Zugriff: 22.7.2022.
- UNDP (2017): *The Economic Development along Belt and Road 2017*. New York.
- van Apeldoorn, Bastiaan / de Graaff, Naná (2022): The state in global capitalism before and after the Covid-19 crisis. In: *Contemporary Politics* 28(3): 306-327. DOI: <https://doi.org/10.1080/13569775.2021.2022337>.
- van der Kley, Dirk / Yau, Niva (2021): *How Cental Asians pushed Chinese Firms to Localize*. Washington DC.
- Wang, Christoph Nedophil (2022): *China Belt and Road Initiative (BRI) Investment Report 2021*. Shanghai.
- Yang, Yongping (2019): *State Capitalism. The Western Image of the »China Model«*. International Conference on Politics, Economies and Management (ICPEM 2019).
- Zenglein, Max. J / Holzmann, Ann (2019): *Evolving Made in China 2025. China's industrial policy in the quest for global tech leadership*. Berlin.

7. Auflage



Heide Gerstenberger
Ulrich Welke
**Auf den Wogen
von Meeren und Mächten**
2022 – 309 Seiten – 30,00 €
ISBN 978-3-89691-071-4



John Holloway
**Die Welt verändern, ohne
die Macht zu übernehmen**
aus dem Englischen übersetzt von
Lars Stubbe
2022 – 255 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-514-6

„Wie jedes gute Buch macht ‚Die Welt
verändern ...‘ Lust auf Debatte und
(kritische) Fragen.“

Dirk Hauer in: analyse + kritik

9. Auflage



Michael Heinrich
Die Wissenschaft vom Wert
Die Marxsche Kritik der
politischen Ökonomie zwischen
wissenschaftlicher Revolution und
klassischer Tradition
2022 – 422 Seiten – 35,00 €
ISBN 978-3-89691-454-5

